

Jugoslawien - Aktionen statt Sanktionen

06.01.92

Aktuell: Balkan Spielball der Grossmächtepolitik

Das Gemisch von Rassen, Völkern, Sprachen und Religionen auf dem Balkan ist weder unter der 500 Jahre dauernden türkischen Herrschaft noch danach zur Ruhe gekommen. Der Balkan wurde besonders im 19. und 20. Jh. zum Spielball der europäischen und später der Weltmachtspolitik. Vom Berliner Kongress (1870) über die Friedenskonferenzen nach dem ersten und zweiten Weltkrieg wurden die Völker so durcheinander gemischt, dass unzählige Nationalitäten- und Minderheiten-Probleme entstanden.

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums bot sich erstmals die Chance, mit Hilfe von Organisationen, wie die Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die EG oder die USA und die UNO, ein *BALKANSTATUT* aufzubauen, das auf der Achtung der Menschenrechte, der gleichberechtigten Beteiligung aller, ob Mehrheit oder Minderheit, an der staatlichen Willensbildung und auf einigermassen vernünftigen Grenzen für die einzelnen Staaten abgestützt ist.

Diesem jahrhunderte alten Elend jetzt ein Ende machen.

Solche Pläne bestehen immer noch. Mit den blutigen Ereignissen in Jugoslawien sind sie zum Stillstand gekommen. Anstatt zu handeln, streitet man im Westen, wer eingzugreifen habe. Einmal mehr ist der Balkan sich selbst überlassen. Die Gefahr einer Ausweitung auf die anderen Balkanvölker, wegen den neu erwachten Ansprüchen der Griechen und Türken auf Mazedonien und Thrazien, dem Widerstand der Mazedonier bei sich zu Hause und in der ganzen Welt verstreut, besonders auch die Mazedonien sprachlich am nächsten stehenden Bulgaren, nimmt bedenkliche Formen an. Ihr schweres geschichtliches Schicksal, ihr jahrhunderte alter Hass dem islamischen Überbleibsel türkischer Herrschaft, den Kosovaren gegenüber hat die Menschen im Balkan hart und unnachgiebig gemacht. Mit dem Ausbruch eines masslosen Völkermordens ist ernsthaft zu rechnen. (der internationale Friedensgerichtshof in den Haag kaut noch heute an den tausenden ermordeter Islamiten.)

Die Verantwortung liegt bei Westeuropa.

Da gibt es nur einen Weg: Westeuropa, mit oder ohne USA und UNO, sollte den sich bekämpfenden Gruppen klar zu erkennen geben, dass die westlichen Staatengemeinschaften heute nicht mehr bereit sind, die „Schliesserei“, wie sie der amtierende deutsche Aussenminister Genscher nannte, zu dulden. Jeder, der in Jugoslawien damit nicht aufhört, muss befürchten, mit militärischen Mitteln zur Ordnung gebracht zu werden.

Zunächst durch eine vollständige Kontrolle des Luftraums, Abschuss jedes Militärflugzeugs oder militärischen Fahrzeugs, dass sich nicht an einen mit dem Westen abgeschlossenen Waffenstillstand hält. Und das wichtigste gleich zu Anfang jeder Aktion des Westens wäre der Einmarsch einer genügend starken Armee von Blau-, Grün oder Weiss-Helmen (was immer, aber mindestens 150'000 bis 200'000 Mann stark) um die totale Sicherheit im ganzen Gebiet, bis zu den kleinsten Tälern und Dörfern sowie eine vorübergehenden effektive Verwaltung der Kampfgebiete gewährleisten zu können.

Freie Wahlen und Wirtschaftshilfe

Dringend wären gleich zu Beginn freie Wahlen, damit die mehrheitlich friedlich gesinnten Bevölkerungsteile (siehe die Demonstrationen in Belgrad) zum Wort kommen und einigermassen demokratische Regierungen sichergestellt werden. Humanitäre- und Wirtschafts-Hilfe sollten von Anfang an mit dieser Aktion des Westens kombiniert werden. Nur solche Massnahmen, aber auf

keinen Fall wirtschaftliche, politische oder militärische Sanktionen, von denen ohnehin in der Regel vor allem die Zivil-Bevölkerungen betroffen werden und die Machthaber davon noch profitieren, koennen wirksam für Ruhe und Ordnung sorgen. Die Entscheidungsträger im Westen auf oberster Stufe, nicht nur die wichtiguerischen Diplomaten, sollten erkennen, dass es, gleich wie bei einem schwelenden Feuer, jetzt darauf ankommt, den Konflikt abzustoppen, um seine Ausweitung den ganzen Balkan zu verhindern.

An der EG, den USA und der UNO ist es, zu entscheiden, ob sie bereit sind, alles zu tun, damit der Begriff Europa nicht nur auf dem Papier steht, sich in endlosen Konferenzen und in X aufgezwungenen aber nicht befolgten Waffenstillstandabkommen erschöpft.

© Frédéric Walthard